

„DigDok“

Digitale Dokumente für Menschen ohne Obdach im Ruhrgebiet

Projektskizze

Markus Kurth MdB

Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Königswall 8

44137 Dortmund

Tel: 0231/5574660

E-Mail: markus.kurth.wk@bundestag.de

„DigDok“: Digitale Dokumente für Menschen ohne Obdach im Ruhrgebiet

Seine Papiere zu verlieren oder zu verlegen, ist für jede und jeden ein kleiner Schock und mit unangenehmer Arbeit verbunden. Wer aber in einer Phase der Obdach- oder Wohnungslosigkeit plötzlich ohne Pass, Ausweis oder Krankenkassenkarte dasteht, für die oder den hat dies dramatische Folgen. Menschen, die ohnehin bereits am Rande der Gesellschaft stehen, verlieren mit ihren Dokumenten zugleich den Zugang zu grundlegenden Rechten, sozialer Unterstützung und damit auch ein ganzes Stück gesellschaftlicher Teilhabe.

Das will ich ändern. Mithilfe neuer Technologien, vor kurzem geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen und nicht zuletzt der Zusammenarbeit zahlreicher Akteure wie Sozialämtern, Obdachloseninitiativen, Sozialverbänden und Unternehmen lässt sich dieses Problem lösen:

Erfolgreiche Projekte auf beiden Seiten des Atlantiks, nur nicht in Deutschland

Was in Deutschland nicht zuletzt aufgrund einer lange gültigen und ungünstigen Rechtslage nicht möglich war, ist in Frankreich, Kanada und Großbritannien längst Realität. Menschen ohne Obdach haben über digitalisierte Dokumente jederzeit die Möglichkeit, ihre Identität nachzuweisen, Leistungen zu beantragen oder auch zum Beispiel ohne große Bürokratie eine Ärztin aufzusuchen – selbst wenn ihnen die dafür notwendigen Unterlagen nicht in physischer Form vorliegen.

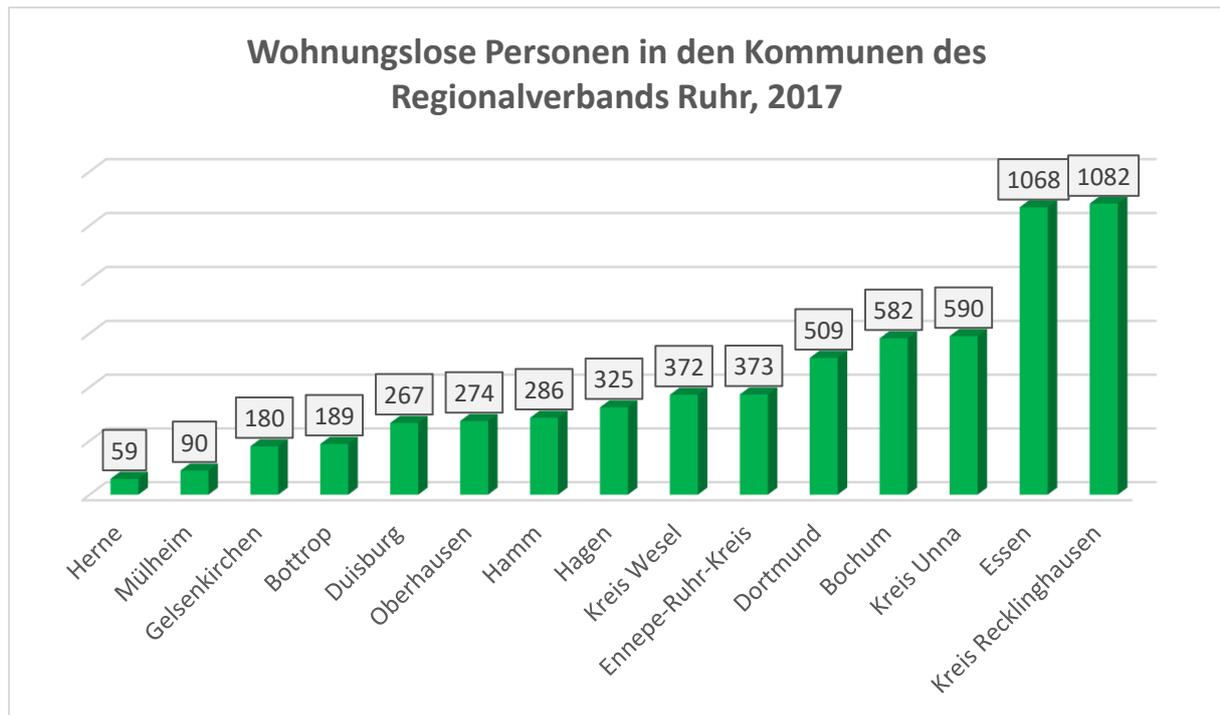
Ein besonders gelungenes Beispiel ist die „Cloud Solidaire“ des französischen Start-Ups *Reconnect*, das Möglichkeiten des Internets und Cloud Computings mit einer solidarischen Arbeitsweise verbindet und mittlerweile Kooperationspartnerinnen und -Partner in ganz Frankreich gefunden hat.¹

Ein deutsches Pilotprojekt im Ruhrgebiet

Ein deutsches Pilotprojekt kann anders als in Frankreich aufgrund der Vielgestaltigkeit der Rahmenbedingungen in Ländern und Kommunen im ersten Schritt kaum deutschlandweit realisiert werden. Eine regionale Beschränkung birgt aber auch Chancen, nämlich eine besonders intensive Vernetzung der Akteure und damit auch eine große Wirksamkeit des Vorhabens. Das Ruhrgebiet bietet sich hierzu geradezu an. Mehr als 6000 Menschen sind aktuell zwischen Duisburg und Dortmund, zwischen Recklinghausen und Hagen ohne Wohnung.² Gleichzeitig verfügt der größte urbane Raum Deutschlands über integrierte Infrastrukturen und über Unternehmen, Behörden und Initiativen, die sich in meinen Gesprächen mit ihnen als überaus offen dafür gezeigt haben, ein solches Projekt städte- und landkreisübergreifend zu unterstützen. Es bestehen also Bedarf und die grundlegenden Voraussetzungen, um eine „solidarische Wolke“ auch hier zu verwirklichen. Was bislang fehlte, ist aktives Handeln.

¹ Siehe: <https://www.reconnect.fr/>

² Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (2018): Integrierte Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2017 in Nordrhein-Westfalen: http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse-3-2018.pdf



Die nächsten Schritte

Ich möchte alle staatlichen, zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteure des Ruhrgebiets zusammenbringen, die an dem Projekt mitwirken wollen und es so ermöglichen können. Dazu gehören beispielsweise Jobcenter, Sozialämter, Krankenkassen, Träger der Obdachlosenhilfe, VertreterInnen der Freien Wohlfahrtspflege, Social Entrepreneurs, Obdachloseninitiativen, IT-ExpertInnen und nicht zuletzt die Menschen ohne Wohnung oder Obdach selbst.

Mein Ziel ist es, gemeinsam mit Ihnen gangbare Wege zu finden, um die organisatorische und die notwendige IT-Infrastruktur zu schaffen, Räume zur Datenerhebung und –verarbeitung bereit zu stellen, die Finanzierung zu gewährleisten, Akzeptanz für eine Digitale-Dokumente-Lösung in der Geschäfts- und der behördlichen Welt herzustellen und natürlich vor allem um Vertrauen bei den Wohnungs- und Obdachlosen zu werben.

Für den kommenden Sommer plane ich ein Treffen all dieser Akteure und eine offene Diskussion, bei der jede und jeder eingeladen ist, sich im Rahmen seiner Interessen und Unterstützungsmöglichkeiten einzubringen (siehe Einladungsliste). Wir wollen kollaborativ vorankommen und dabei auf den offenen Dialog und den Ideenaustausch setzen statt auf hierarchische Strukturen. Dementsprechend ist die genaue Ausgestaltung von „DigDok“ (und übrigens auch dieser Name) nicht im Voraus festgelegt. Wir entwickeln sie gemeinsam.

Wie soll „DigDok“ funktionieren? Erste Thesen

Diesem offenen Prozess möchte ich einige diskutabile Thesen zu den Zielen und den Bedingungen des Funktionierens von „DigDok“ voranstellen:

- Entscheidend wird es sein, eine breite Akzeptanz für die Idee und die entstehende Infrastruktur herzustellen – bei Wohnungs- und Obdachlosen, Behörden, Unternehmen und sonstigen Beteiligten gleichermaßen. Das Projekt wird nach meiner Einschätzung nur dann ein Erfolg, wenn das System den Nutzerinnen und Nutzerinnen in vielfältigen Situationen einen echten Mehrwert versprechen kann. Deshalb ist es in einem kooperativen Verfahren von allen Akteuren so auszugestalten, dass die online gespeicherten Dokumente von möglichst vielen Stellen akzeptiert werden können.
- Alle Interessierten bekommen einen kosten- und barrierefreien Zugang zum System. Dazu brauchen wir ein mehrsprachiges Online-Angebot sowie eine verständliche und übersichtliche BenutzerInnenoberfläche. Neben der Möglichkeit, das Angebot über eine Smartphone-App zu nutzen, sind auch Zugänge für diejenigen notwendig, die über kein Smartphone verfügen. Dabei stellen öffentliche Räume wie zum Beispiel Obdachlosenunterkünfte oder die Räumlichkeiten von Sozialämtern eine mögliche Anlaufstelle dar. Hier sollte es auch eine Möglichkeit zum Einscannen der Dokumente geben.
- „DigDok“ arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht. Das Projekt benötigt allerdings eine dauerhaft ausreichende Finanzierung, um die laufenden Verwaltungskosten zu decken. Verschiedene Finanzierungsquellen sind denkbar, so etwa Spenden, Kooperationen mit Unternehmen oder die Förderung über Programme der Europäischen Union, des Bundes oder der Länder. Auch die unmittelbar beteiligten Akteure können und sollten einen Beitrag leisten.
- Der Umgang mit persönlichen Daten ist hochsensibel und eine Vertrauensfrage. Es ist deshalb sicherzustellen, dass das deutsche Datenschutzrecht und die Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden. Wir legen die Funktionsweise der Datenerhebung, der Datenspeicherung und der Datennutzung transparent offen. Die Nutzerinnen und Nutzer sollen sicher sein können, dass sie die vollständige Kontrolle über ihre Daten behalten.

Rechtliche Hürden bestehen seit 2017 grundsätzlich nicht mehr

Dem Projekt kommt eine kürzlich geänderte Rechtslage entgegen. Bis 2017 war das Scannen von amtlichen Dokumenten (Personalausweis, Reisepass) nicht erlaubt. Mit der Neufassung der entsprechenden Normen des Personalausweisgesetzes und des Passgesetzes wurde die „Ablichtung“ dieser Papiere, das heißt das Kopieren, Fotografieren und Scannen, ausdrücklich gestattet, insofern die Inhaberin oder Inhaber zustimmt und die Ablichtung als Kopie erkennbar ist.

Das Datenschutzrecht steht einer Ablichtung laut einer Analyse der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages grundsätzlich ebenso nicht entgegen.³ Erforderlich sein wird demnach aber unter anderem eine regelmäßige schriftliche Einwilligung der Pass- oder Ausweisinhaberin in die Datenerhebung bzw. Datenverarbeitung.

³ Wissenschaftliche Dienste des Bundestages (2019): Sachstand. Möglichkeit des Identitätsnachweises mittels Ausweis-Scan, WD 3 - 3000 – 041/19.

Es spricht nach Aussage des Wissenschaftlichen Dienstes „nichts dagegen, dass eine Behörde auch einen Scan [neben einer Kopie] als Identitätsnachweis akzeptiert.“ Vielmehr läge dies im behördlichen Ermessen.⁴ Eine Ausnahme gelte lediglich im Fall einer Identitätsfeststellung durch eine sogenannte berechnigte Behörde. Dazu gehörten etwa die Polizei und der Zoll. Ausdrücklich stellt der Wissenschaftliche Dienst fest, dass die Behörden der Leistungsverwaltung in der Regel nicht diesen Behörden zuzuordnen sind.

⁴ Ebd., Seite 6.

ANHANG:

Zahlen zur Wohnungslosigkeit in Dortmund und dem weiteren Ruhrgebiet

Die statistische Erfassung von Wohnungslosen beruht auf Schätzungen. Uneinheitlich ist dabei oft die Verwendung der Begrifflichkeit. Die Frage, wer als wohnungslos zu bezeichnen ist und Zugang zur Wohnungslosenhilfe haben soll, wird unterschiedlich beantwortet. Ausschlaggebend ist dabei z.B. die Abgrenzung nach Leistungsberechtigten gem. § 67 SGB XII.

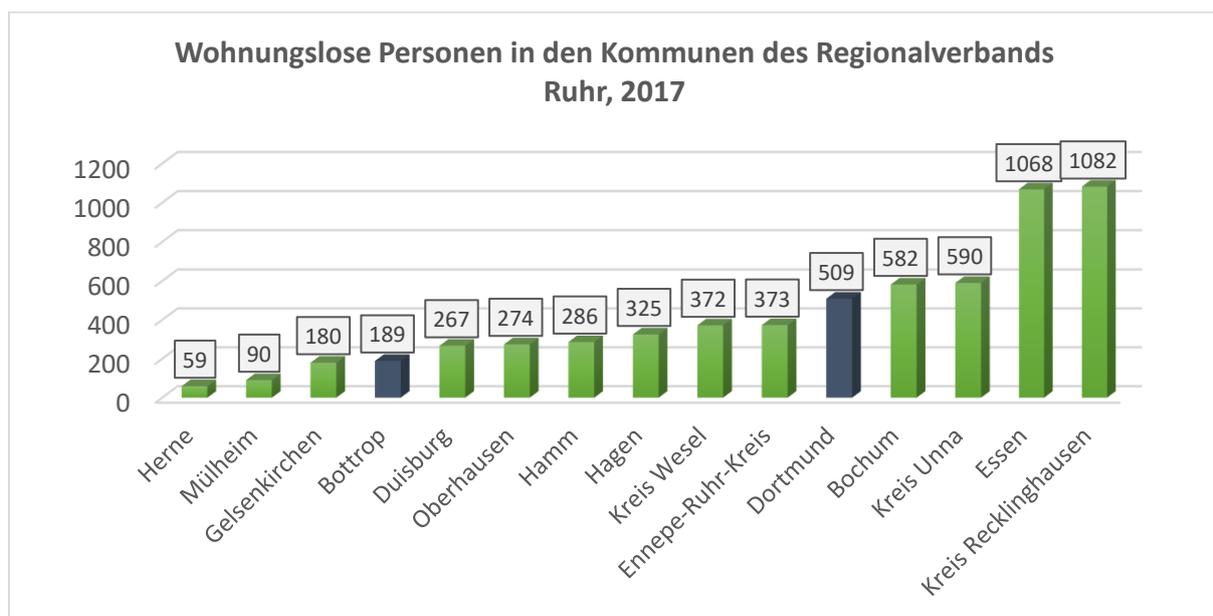
Kurzüberblick: bundesweite Zahlen

Umfassende Schätzungen zu bundesweiten Zahlen liefert alleine die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W). Auch die Bundesregierung stützt sich auf die Zahlen der BAG W. Das BMAS befürwortet die Einführung einer entsprechenden Bundesstatistik (vgl. 5. Arbeits- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 484). Voraussetzung für die Einführung einer bundesweiten Wohnungsnotfallstatistik ist eine entsprechende gesetzliche Grundlage. Eine bundesweite Wohnungslosenstatistik plant das Statistische Bundesamt derzeit für das Q2 2020.

Nach aktuellster Schätzung der BAG W waren 2016 ca. 860.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung - seit 2014 ist dies ein Anstieg um ca. 150 %. Für 2017 bis 2018 prognostiziert die BAG W einen weiteren Zuwachs um ca. 350.000 auf dann ca. 1,2 Millionen wohnungslose Menschen. Das wäre eine weitere Steigerung um ca. 40%.

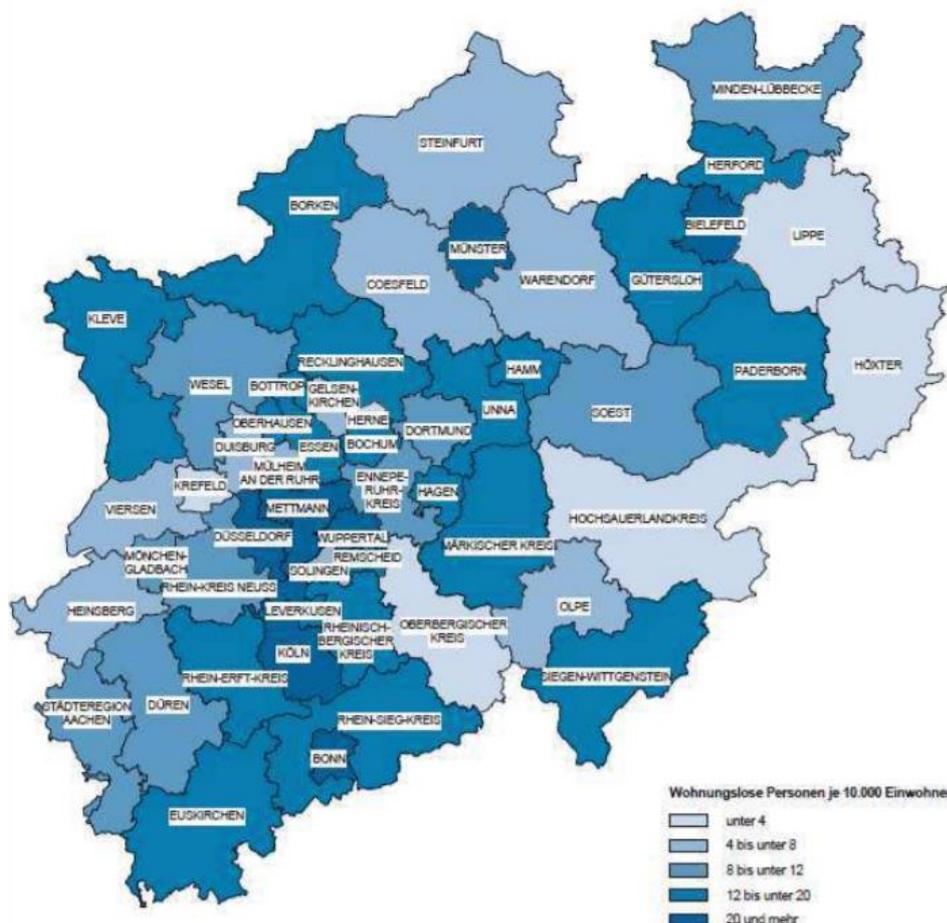
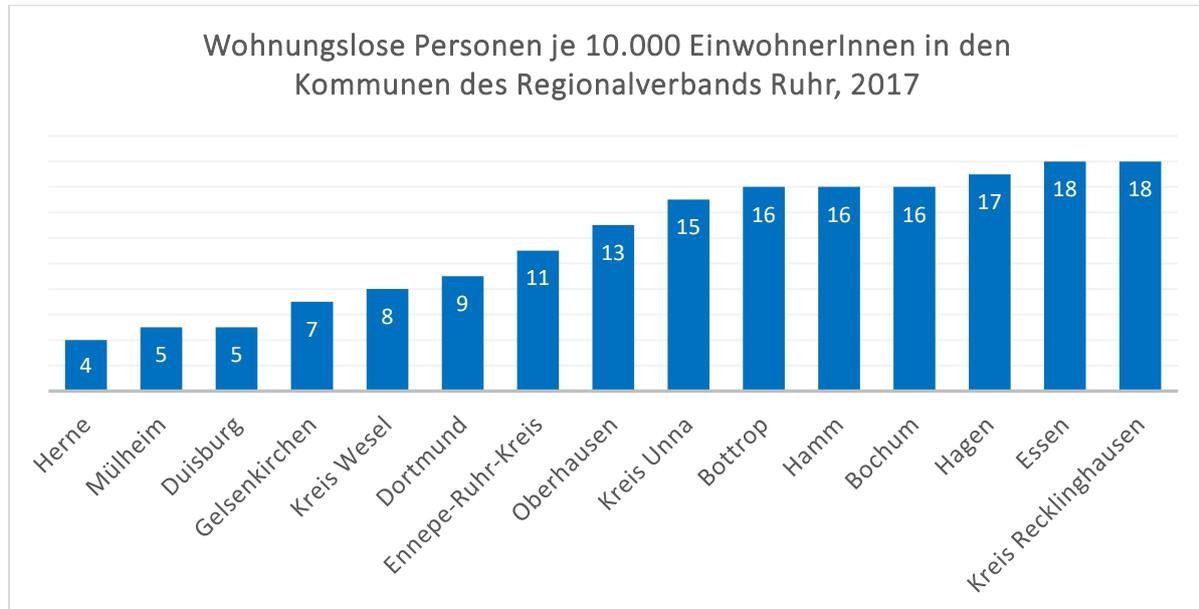
NRW-Daten

Seit 2011 führt das Land NRW eine Wohnungslosenstatistik.⁵ Demnach gab es im Jahr 2017 im Ruhrgebiet (Kommunen des Regionalverbands Ruhr) insgesamt rund 10.000 wohnungslose Menschen, nämlich 9752 Personen. Diese verteilen sich wie folgt:



⁵ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (2018): Integrierte Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2017 in Nordrhein-Westfalen:
http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/kurzanalysen/Kurzanalyse-3-2018.pdf

Wohnungslosigkeit ist dabei in den Großstädten stärker verbreitet als in ländlichen Regionen. Dies sei laut der oben verlinkten Kurzanalyse auf einen angespannten Wohnungsmarkt, aber auch darauf zurückzuführen, dass im urbanen Raum ein größeres und vielseitigeres Angebot von Hilfseinrichtungen und Unterkunftsmöglichkeiten vorgehalten wird. 2017 wurden in kreisfreien Städten durchschnittlich 27 Wohnungslose je 10.000 EinwohnerInnen gezählt. In Kreisen waren es lediglich 12 wohnungslose Personen je 10.000 EinwohnerInnen:



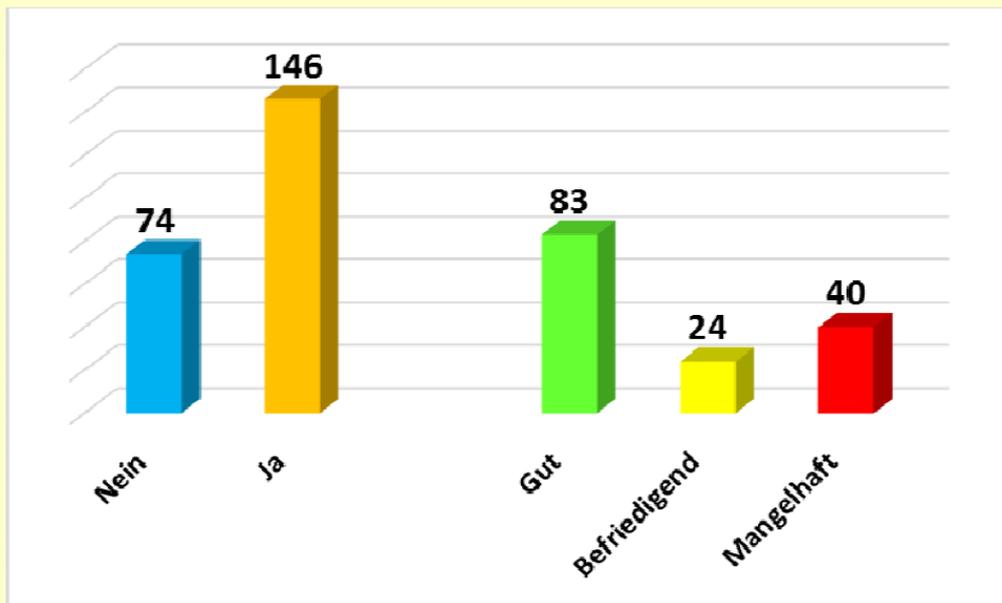
Dortmunder Zahlen

Die Stadtverwaltung Dortmund geht von etwa 400 wohnungslosen Personen in Dortmund aus [QUELLE?]. Die Zahl des oben genannten Sozialberichts der Landesregierung liegt mit 509 Personen etwas darüber, aber in derselben Größenordnung.

Aufgrund einer Befragung des Dortmunder Sozialamts⁶ liegen Erkenntnisse über soziodemografische Merkmale der Obdachlosen vor. Dazu seien nur wenige Punkte herausgegriffen:

Die befragten Wohnungs- und Obdachlosen in Dortmund scheinen in der Mehrheit grundsätzlich offen für Unterstützung. So haben zwei Drittel in einem Zeitraum von drei Monaten Angebote von Hilfseinrichtungen genutzt.

Frage 10 und 10a: Haben Sie in den letzten drei Monaten Angebote von Hilfseinrichtungen genutzt? Wenn ja, wie zufrieden waren Sie mit den Angeboten?



Zum allergrößten Teil sind die Befragten deutscher Nationalität. Die größte Minderheit hat einen türkischen Pass. Zumindest in Dortmund würde also der weit überwiegende Teil der zu interessierenden Menschen mit einer deutschsprachigen Zugangssoftware erreicht werden können.

⁶ <https://nordstadtblogger.de/wp-content/uploads/2018/05/Wohnungslose-Menschen-in-Dortmund.pdf>

Nationalitäten aufgeschlüsselt:

Algerien	Bosnien	Bulgarien	Deutschland	Gambia	Georgien	Griechenland	Guinea
1	1	1	177	1	1	1	1
Irak	Iran	Italien	Japan	Kamerun	Kanada	Libanon	Marokko
1	1	3	1	1	1	1	3
Nigeria	Polen	Russland	Serbien	Slowakei	Spanien	Tunesien	Türkei
1	5	1	2	1	1	1	11

Die befragten Personen sind in den meisten Fällen männlich und eher jung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Der Median liegt recht genau zwischen den beiden Altersgruppen „26-35 Jahre“ und „36-50 Jahre“. Bundesweit erreicht das Medianalter einen Wert von 46,5 Jahren.

